

# A N T R Ä G E

Antrag <b>A 3</b>	Antragsteller: <b>Roderich Kiesewetter MdB, Aalen JU Bezirksverband Nordwürttemberg</b>
Betreff: <b>„Tu was für dein Land“ – Initiative für einen Freiwilligen Gesellschaftsdienst</b>	
<p><i>Der Bezirksparteitag möge beschließen:</i></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die Christlich Demokratische Union steht als große deutsche Volkspartei in der Verantwortung für eine verantwortungsbewusste, berechenbare und international bündnisfähige deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Zugleich steht unsere Partei für christlichen Bürgersinn und ein aktives Engagement unserer Mitmenschen in der Gesellschaft, insbesondere der jungen Generation.</li> <li>2. Hierbei spielte bisher die allgemeine Wehrpflicht eine wichtige Rolle. Mit dem Koalitionsvertrag einigten sich die Partner auf eine sechsmonatige Wehrpflicht. Die seit Jahren überfällige Reform der Bundeswehr hin zu schlankeren, effektiveren und zugleich sparsameren Strukturen, verbunden mit einer verbesserten Einsatzorientierung, erfordert weitere schmerzhaft Einschnitte.</li> <li>3. Über fünf Jahrzehnte war die Wehrpflicht Ausweis unserer Auffassung von Engagement für unser Land, verbunden mit dem zivilen Wehersatzdienst haben in mehr als 5 Jahrzehnten rund 12 Millionen junge Männer Wehr- und Ersatzdienst für die Bundesrepublik Deutschland geleistet. Das verdient Anerkennung und Respekt und hat zur internationalen Glaubwürdigkeit unseres Landes wie auch zu unserem gesellschaftlichen Zusammenhalt erheblich beigetragen.</li> <li>4. Die bisher gültige Ausgestaltung der Wehrpflicht mit erhöhten Tauglichkeitskriterien führte dazu, dass die Hälfte eines männlichen Jahrgangs gesundheitlich nicht für einen Dienst in den Streitkräften geeignet ist. Über die Hälfte der tauglich gemusterten jungen Männer verweigert den Wehrdienst. Somit leisten nur noch rund 17 % der jungen Männer eines Geburtsjahrgangs überhaupt Wehrdienst. Von einer Pflicht für alle kann also keine Rede sein. Die Bundeswehr vermag es auch ob ihrer gegenwärtigen Struktur nicht, mehr junge Männer im Rahmen der Wehrpflicht auszubilden, daran ändert auch W6 nichts.</li> <li>5. Weil es de facto keine Wehrgerechtigkeit mehr gibt, ist es an der Zeit, mit der gebotenen Ehrlichkeit und Nüchternheit an die Bundeswehrstrukturen und die Frage der Wehrpflicht zu gehen. Seit 1990, dem Beginn der „Armee der Einheit“ nach Auflösung der NVA, erlebte die Bundeswehr vier Strukturereformen, die stets nur Reparaturen am laufenden Motor waren</li> <li>6. Die von Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg initiierten strukturellen Veränderungen sind im Gesamtzusammenhang mit der Wehrpflicht und gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen zu betrachten. Im Jahr 2013 werden nur noch rund halb so viele junge Männer dem Wehrdienst zur Verfügung stehen wie im Jahr 1997. Die Bundeswehr wird noch stärker in Konkurrenz mit anderen staatlichen und privaten Sicherheits- und Vorsorgeeinrichtungen stehen. Der Wettbewerb um die besten Köpfe läuft bereits.</li> <li>7. Da Wehrgerechtigkeit derzeit nur noch durch Kunstgriffe aufrecht zu erhalten ist, wird die gegenwärtige Einberufungspraxis nicht gerichtsfest bleibt. Deshalb kommt es darauf an, den Dienst an der Gesellschaft politisch aktiv zu gestalten und nicht der weiteren Auszehrung zu überlassen</li> <li>8. Sicherheitspolitik wie auch Gesellschaftspolitik darf aber nicht nach Kassenlage erfolgen. Deshalb ist es Aufgabe verantwortungsbewusster Politik, gestalterisch zu handeln, bevor die Umstände Handlungsmöglichkeiten zerstören oder ausweglose Alternativen aufzwingen.</li> </ol>	

# A N T R Ä G E

9. Folglich ist es an der Zeit, den Dienst an unserer Gesellschaft – ob als Wehrdienst, Dienst in sozialen Einrichtungen, Freiwilliges Soziales oder Ökologisches Jahr etc. – möglichst in einem breiten politischen Konsens der demokratischen Parteien für junge Frauen und Männer völlig neu zu gestalten.
10. Im sozialen und im Umweltbereich gibt es das Freiwillige Soziale Jahr. Dieses erfolgreiche Modell lässt sich auf den Wehrdienst übertragen, denn auch hier brauchen wir ein breites gesellschaftliches Engagement junger Frauen und Männer für unsere Gesellschaft. Wir fordern deshalb eine gesamtgesellschaftliche Initiative „Tu was für Dein Land“ für einen Freiwilligen Gesellschaftsdienst für Frauen und Männer!
11. Ein solcher Freiwilliger Gesellschaftsdienst sollte mindestens ein Jahr aber nicht länger als zwei Jahre dauern, analog zu den freiwillig zusätzlichen Wehrdienst Leistenden, die bis zu 23 Monate freiwillig dienen.. Zugleich sollte man den Dienst in den Streitkräften im Freiwilligen Wehrdienst für die Frauen öffnen und ihnen die Entscheidung überlassen, in welchen Organisationsbereichen bzw. Truppengattungen sie ihren Dienst leisten wollen. Die Kultur freiwilligen Dienens würde motivierte junge Menschen ansprechen und in ihrem Willen, etwas für unsere Gesellschaft zu leisten, bestärken. Entscheidend und maßgeblich ist eine breite gesellschaftliche Verankerung. Die finanzielle Würdigung sollte im bisherigen Rahmen des Wehrsoldes bzw. des Ersatzdienstes liegen.
12. Jede und jeder, der sich für einen Freiwilligen Dienst entscheidet, sollte ein Zertifikat erhalten, das auch bei künftigen Arbeitgebern vorgewiesen werden kann, und nach dem Freiwilligen Dienst ein aussagekräftiges Zeugnis. So würde Engagement gewürdigt und wäre für Arbeitgeber hilfreich.
13. Der Freiwillige Gesellschaftsdienst muss für die junge Generation attraktiv sein! Hier sind viele Anreize denkbar, beispielsweise ein bezahlter Führerschein, der Erwerb zivilberuflich verwertbarer Qualifikationen, „credit points“ fürs Studium oder gar ein Studienplatz an einer der attraktiven Bundeswehruniversitäten oder auch Gutschriften für die Rente etc.
14. Das Modell des Freiwilligen Dienstes für unsere Gesellschaft, ein „Gesellschaftsjahr“, wäre auf viele, auch bisher rein ehrenamtlich begleitete Bereiche unserer Gesellschaft übertragbar und würde den bewährten Gedanken des Freiwilligen Sozialen Jahres fortentwickeln.
15. Unsere Gesellschaft hat Anspruch auf Verlässlichkeit bei den Anforderungen an soziales Engagement. Ein attraktives Freiwilliges Gesellschaftsjahr ist zugleich ehrenvoll und notwendig für unsere Gesellschaft. Das gibt es natürlich nicht kostenlos, aber das sollten uns die junge Generation und unsere Gesellschaft wert sein. Unsere junge Generation weiß: „Tu was für Dein Land“!

Begründung: Ggf. mündlich

Empfehlung der Antragskommission:

- |                                    |  |
|------------------------------------|--|
| <input type="checkbox"/> Annahme   | <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung |
| <input type="checkbox"/> erledigt  |  |
| <input type="checkbox"/> Ablehnung |  |